

Präambel

Aufgrund des § 1 Abs.3 und des § 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) i.d.F.vom 18.08.1976 (BGBl. I S. 2256, ber. S. 3617), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht vom 06.07.1979 (BGBl. I S. 949 und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) i.d.F. vom 22.06.1982 (Nds. GVBl. S. 2269), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung der NGO und der NdsO vom 18.02.1992 (Nds. GVBl. S. 53), hat der Rat der Gemeinde diesen Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung und den nebenstehenden textlichen Festsetzungen, als Satzung beschlossen.

...Danndorf..., den 4.10.1984

gez. Borgfeld (S.) gez. Scharenberg
1. stellv. Bürgermeister Gemeindedirektor u. Bürgermeister

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 19.12.1980 die Aufstellung des Bebauungsplanes "Hünenberg III" - 5. Änderung beschlossen.

Der Aufstellungsbeschluss wurde gemäß § 2 Abs.1 BBauG am 19.6.1981 ortsüblich bekanntgemacht.

...Danndorf..., den 4.10.1984

gez. Borgfeld (S.) gez. Scharenberg
1. stellv. Bürgermeister Gemeindedirektor u. Bürgermeister

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die stadtbaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 19.06.1981). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Kataster ist einwandfrei möglich.

Wolfsburg, den 27.11.1985

Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet von Dipl.-Ing. M. Müller

Wolfsburg, den 03.05.1982
23.08.1982
18.01.1983

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 2.12.1982 dem Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gemäß § 2a Abs.6 BBauG beschlossen. Ort und Dauer der Öffentlichen Auslegung wurden am 25.1.1983 ortsüblich bekanntgemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 24.2.1983 bis 24.3.1983 gemäß § 2a Abs.6 BBauG öffentlich ausgelegen.

...Danndorf..., den 4.10.1984

gez. Borgfeld (S.) gez. Scharenberg
1. stellv. Bürgermeister Gemeindedirektor u. Bürgermeister

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am dem geänderten Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die eingeschränkte Beteiligung gemäß § 2a Abs.7 BBauG beschlossen.

Den Beteiligten im Sinne von § 2a Abs.7 BBauG wurde vom bis Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

...Danndorf..., den

1. stellv. Bürgermeister Gemeindedirektor u. Bürgermeister

Der Rat der Gemeinde hat den Bebauungsplan nach Prüfung der Bedenken und Anregungen gemäß § 2a Abs.6 BBauG in seiner Sitzung am 18.3.1984 als Satzung (§ 10 BBauG) sowie die Begründung beschlossen.

...Danndorf..., den 4.10.1984

gez. Borgfeld (S.) gez. Scharenberg
1. stellv. Bürgermeister Gemeindedirektor u. Bürgermeister

Der Bebauungsplan ist mit Verfügung der Genehmigungsbehörde Landkreis Helmstedt (AZ. 692-21-54/04.04-1985 vom heutigen Tage unter Auflagen/mit Maßgaben gemäß § 6 Abs.2 bis 4 BBauG genehmigt/teilweise genehmigt.

Die kenntlich gemachten Teile sind auf Antrag der Gemeinde vom gemäß § 6 Abs.3 BBauG von der Genehmigung ausgenommen.

Helmstedt, den 15.1.1985

Genehmigungsbehörde:

Landkreis Helmstedt

gez. Schlegel

Unterschrift

Baudirektor

Der Rat der Gemeinde ist den in der Genehmigungsverfügung vom 15.1.1985 (AZ. 692-21-54/04.04-1985) aufgeführten Auflagen/Maßgaben in seiner Sitzung am 6.6.1985 beigetreten.

Eine eingeschränkte Beteiligung gem. § 2 a Abs. 7 BBauG ist vom 1.3.1985 bis einschließlich 2.9.1985 durchgeführt worden.

Danndorf, den 2.10.1985



gez. Borgfeld (S.) gez. Schrobbsdorff
1. stellv. Bürgermeister Gemeindedirektor u. Bürgermeister

Die Genehmigung des Bebauungsplanes ist gemäß § 12 BBauG am 7.11.1985 im Amtsblatt Nr. 48 für den Landkreis Helmstedt bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am 7.11.1985 rechtsverbindlich geworden.

...Danndorf..., den 25.11.1985

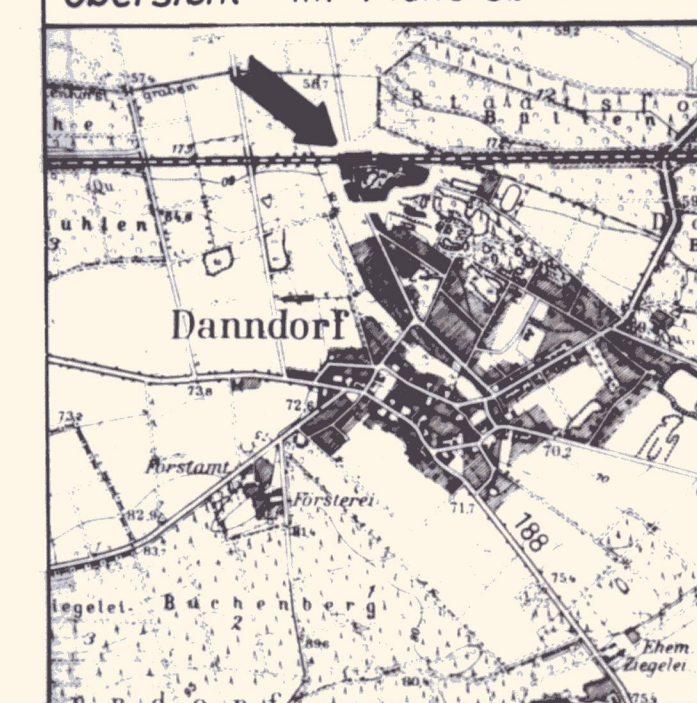
gez. Borgfeld (S.) gez. Schrobbsdorff
1. stellv. Bürgermeister Gemeindedirektor u. Bürgermeister

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

...Danndorf..., den

1. stellv. Bürgermeister Gemeindedirektor u. Bürgermeister

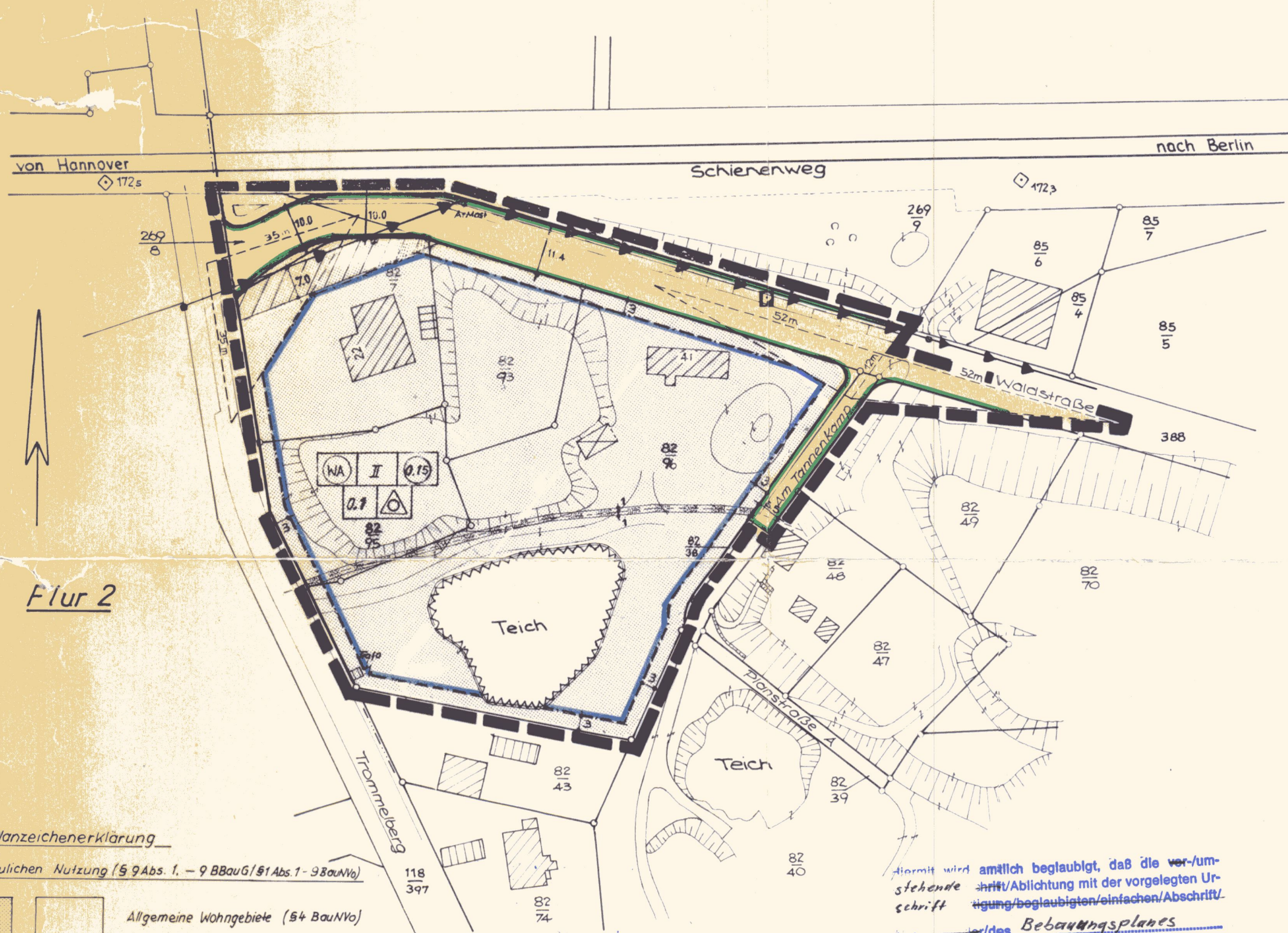
Übersicht im Maßstab 1:25000



Bebauungsplan "HÜNENBERG III" - 5. Änderung - Gemeinde Danndorf Kreis Helmstedt Flur 3 M 1:1000

A-Nr. 80635

Beauftragter VG Br.
2.10.1985
8466/80

Planzeichenerklärung

Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1, - 9 BBauG / § 1 Abs. 1 - 3 BauNVO)

WA Allgemeine Wohngebiete (§ 4 BauNVO)

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 BBauG / § 16 Abs. 2, § 17 BauNVO)

II Zahl der Vollgeschosse (Höchstgrenze)

015 Geschosflächenzahl

01 Grundflächenzahl

Bauweise, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BBauG / § 22, 23 BauNVO)

Offene Bauweise - nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig

Baugrenze

Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1, Nr. 11 BBauG)

Straßenverkehrsfläche

Straßenbegrenzungslinie

Öffentliche Parkfläche

Flächen für Versorgungsanlagen - und Leitungen (§ 9 Abs. 1, Nr. 13 BBauG)

1 m Leitungsrecht (§ 9 Abs. 1, Nr. 21 BBauG) für ein in ca. 0,80 m Tiefe liegendes Stromkabel zu Gunsten der Landeselektrozit 10mH Wolfsburg - Föllersleben

vorhandene Hochspannungsleitung mit 7m breitem Schutzstreifen (siehe auch textl. Festsetzung Nr. 3)

Sonstige Darstellungen und Festsetzungen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 7 BBauG)

Schatteneck (Siehe textl. Festsetzung Nr. 1)

Von der Bebauung freizuhaltende Flächen mit der Nutzung als Teichanlage (§ 9 Abs. 1, Nr. 10 BBauG)

Darstellungen der Plangrundlage

Vorhandene Wohngebäude

Vorhandene Nebengebäude

Flurgrenze

Flurstücksgrenze

Flurstücksnummer

vorhandene Böschung

Textliche Festsetzungen

1. Die eingetragenen Sichtfahrreie sind von Bewuchs- u. Bebauung sowie jeglicher Sichtbehinderung höher als 0,80 m über Straßenkante freizuhalten.

2. Gemäß § 4 Abs. 4 BauNVO wird festgesetzt, daß im "Allgemeinen Wohngebiet" (WA) nur Wohngebäude mit nicht mehr als 2 Wohnungen zulässig sind.

3. Bäume- und Sträucher müssen im Bereich der Hochspannungsleitung einen Mindesthöhenabstand von 2,5 m von den Leitersseiten einhalten.

4. Die Außenwände und insbesondere die Fenster, Türen und sonstigen Öffnungen in den Außenwänden der Gebäude sind derart schalldämmend auszugestalten, daß die Anhaltswerte für Innengeräuschpegel aus VDI-Richtlinien 2719 in allen Aufenthaltsräumen nicht wesentlich überschritten werden.

5. Gemäß § 9 Abs. 1 Ziff. 3 BBauG wird festgesetzt, daß die Mindestgröße der Baugrundstücke 1100 qm beträgt.